

Münchener Anwaltshandbuch Insolvenz und Sanierung

Bearbeitet von

Herausgegeben von Dr. Jörg Nerlich, Rechtsanwalt, und Georg Kreplin, Rechtsanwalt, Bearbeitet von Christian Althaus, Rechtsanwalt, Dr. Andreas Beck, Rechtsanwalt, Dr. Jörg Bornheimer, Rechtsanwalt, Isabel Christiani, Rechtsanwältin, Dr. Anja Commandeur, Rechtsanwältin, Wolfgang Damaschke, Diplom-Finanzwirt, Steuerberater, Dr. Alexander Eckhardt, Rechtsanwalt, Christian Forcher, Rechtsanwalt, Frank-Michael Goebel, Richter am Oberlandesgericht, Knut Gras, Diplom-Ökonom, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Volker Henn-Anschütz, Rechtsanwalt, Dr. Hendrik Heye, Rechtsanwalt, Martin Janner, Rechtsanwalt, Dr. Jan Janßen, Rechtsanwalt, Dr. Andreas Lachmann, LL.M., Rechtsanwalt, Dr. Rolf Leithaus, Rechtsanwalt, Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Mincke, Rechtsanwalt, Nada Nasser, Rechtsanwältin, Holger Rhode, Rechtsanwalt, Dr. Berthold Riering, Rechtsanwalt, Dr. Michael Schaumann, Rechtsanwalt, Chris Taurus, Rechtsanwalt, Petra von Vietinghoff, Rechtsanwältin

3. Auflage 2019. Buch. XLI, 1539 S. Hardcover (In Leinen)

ISBN 978 3 406 71078 0

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Insolvenzrecht, Unternehmenssanierung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Jörg Nerlich/Georg Kreplin (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Insolvenz und Sanierung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Insolvenz und Sanierung

Herausgegeben von

Dr. Jörg Nerlich

Rechtsanwalt in Köln

und

Georg Kreplin

Rechtsanwalt in Düsseldorf

Bearbeitet von:

Christian Althaus, Rechtsanwalt in Essen; *Dr. Andreas Beck*, Rechtsanwalt in Achern; *Dr. Jörg Bornheimer*, Rechtsanwalt in Wuppertal; *Isabel Christiani*, Rechtsanwältin in Köln; *Dr. Anja Commandeur*, Rechtsanwältin in Köln; *Wolfgang Damaschke*, Diplom-Finanzwirt, Steuerberater in Duisburg; *Dr. Alexander Eckhardt*, Rechtsanwalt in Kerpen; *Dana Faselow*, Rechtsanwältin in Dahlen; *Christian Forcher*, Rechtsanwalt in Achern; *Frank-Michael Goebel*, Richter am Oberlandesgericht Koblenz; *Knut Gras*, Diplom-Ökonom, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Bochum; *Volker Henn-Anschütz*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Hendrik Heye*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main; *Martin Janner*, Rechtsanwalt in Penzberg; *Dr. Jan Janßen*, Rechtsanwalt in Köln; *Georg Kreplin*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Andreas Lachmann*, LL.M. Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Rolf Leithaus*, Rechtsanwalt in Köln; *Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Mincke*, Rechtsanwalt in Berlin; *Nada Nasser*, Rechtsanwältin in Mönchengladbach und Koblenz; *Dr. Jörg Nerlich*, Rechtsanwalt in Köln; *Holger Rhode*, Rechtsanwalt in Essen; *Dr. Berthold Riering*, Rechtsanwalt in Hamburg; *Dr. Michael Schaumann*, Rechtsanwalt in Köln; *Chris Tautorius*, Rechtsanwalt in Murnau; *Petra von Vietinghoff*, Rechtsanwältin in Essen; *Dr. Mike Westkamp*, Rechtsanwalt in Wuppertal

3., überarbeitete und erweiterte Auflage 2019



Zitiervorschlag: MAH Insolvenz / *Bearbeiter* § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 9783406710780

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Umschlaggestaltung und Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Das Anwaltshandbuch erscheint nun schon in dritter Auflage und steht in der Tradition des Beck-Verlages, das auch in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnene Sanierungs- und Insolvenzrecht einer möglichst großen Zahl von Rechtsanwälten und Praktikern anschaulich und übersichtlich näher zu bringen. Unser Ziel ist es, mit diesem Buch allen Praktikern eine Soforthilfe für Fragestellungen rund um diese Spezialmaterie zu bieten, um die Mandatsbearbeitung im vorinsolvenzrechtlichen Sanierungsmandat ebenso abzudecken wie die aufkommenden Fragestellungen bei den verschiedenen Beteiligten in einem späteren Insolvenzverfahren.

Nicht zuletzt die positive Resonanz in Rechtsprechung und Literatur in Bezug auf die ersten beiden Auflagen hat uns ermutigt, gemeinsam mit unseren Autoren das gesamte Werk nochmals auf den aktuellen Stand zu bringen. Wir haben versucht, unser Handbuch noch umfassender und profunder zu erweitern, um möglichst sämtliche Fragestellungen rund um das Sanierungs- und Insolvenzmandat zumindest vom Grundsatz her beantworten zu können. In vielen Fällen finden sich daher auch weiterführende Fußnoten in den Kapiteln wieder, um dem Leser eine tiefgreifendere Beleuchtung des Themas zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei allen alten und neuen Autoren bedanken, die sich bei dieser Neuauflage entsprechend engagiert haben. Wir haben ausschließlich Praktiker im Autorenteam, was sicherlich die Qualität dieses praxisorientierten Handbuchs besonders gut widerspiegelt. Unser Dank gilt aber auch den zahlreichen Mitarbeitern des Beck-Verlages, die uns Herausgeber und Autoren bei der Manuskriptbearbeitung und -korrektur tatkräftig unterstützt haben.

Die dritte Auflage hat sich aber auch aus juristischer Sicht aufgedrängt, da mit der Insolvenzrechtsreform aus 2017 sowie den Erkenntnissen aus dem Inkrafttreten des ESUG teilweise erhebliche Auswirkungen auf die Bearbeitung sowohl des sanierungs- als auch des insolvenzrechtlichen Mandats verbunden sind. So hat zB die Änderung des Anfechtungsrechts im Zuge der Insolvenzrechtsreform 2017 doch zu erheblichen Änderungen geführt, die in dieser dritten Auflage in der bewährten Manier übersichtlich und klar strukturiert dargelegt und erläutert werden. Die aktuell seitens der EU gestellte Forderung nach einem „vorinsolvenzrechtlichen Sanierungsverfahren“ wurde in dieser Auflage noch nicht aufgegriffen, da derzeit noch unklar ist, ob und in welchem Umfang ein solches Gesetzesvorhaben in Deutschland überhaupt umgesetzt wird. So hat zB die jüngste Evaluierung des ESUG ergeben, dass bereits durch das ESUG ein positiver Wandel bei der Fortführungspraxis im Insolvenzfall eingetreten ist und auch die Rechte der einzelnen Beteiligten durch die immer häufiger auftretende Eigenverwaltung durchaus angemessen Berücksichtigung finden. Vor diesem Hintergrund wird es interessant sein zu beobachten, wie der deutsche Gesetzgeber mit der europäischen Forderung nach einem vorinsolvenzrechtlichen Sanierungsverfahren umgehen wird.

Wie schon in der Vergangenheit sind wir stets über Anregungen und Kritik unserer Leserschaft dankbar, um so die Weiterentwicklung unseres Handbuchs zu ermöglichen.

Köln/Düsseldorf, im Oktober 2018

Jörg Nerlich und Georg Kreplin

Vorwort zur 1. Auflage

Das Anwalts-Handbuch für Sanierung und Insolvenz steht in der Tradition des Beck-Verlages, eine Spezialmaterie für die Anwaltschaft durch Rechtsanwälte aufzuarbeiten und den Praktikern, die mit dieser Materie nur hin und wieder in Berührung kommen, einen schnellen und sicheren Einblick in die Fragestellungen der Mandatsbearbeitung zu geben.

Vorwort

Die Herausgeber und Autoren der Abschnitte waren daher darum bemüht, keine wissenschaftlichen Abhandlungen oder aber kommentarähnliche Erläuterungen zu einzelnen Vorschriften des Insolvenz- und Sanierungsrechts und den dazu einschlägigen Nebengebieten zu verfassen, sondern Themenbereiche, die in der beruflichen Praxis immer wieder im Zusammenhang mit Sanierungen und Insolvenzen auftauchen, zu erfassen und praktische Hilfestellungen für die Bearbeitung zu geben.

Da Sanierungen und Insolvenzen im gesellschaftsrechtlichen Bereich in der Regel bei GmbHs vorkommen, haben sich die Herausgeber und Autoren entschlossen, hier einen Schwerpunkt zu bilden und in Kapiteln über andere Gesellschaftsformen nur deren Besonderheiten herauszustellen. Drohende Überschneidungen beim sanierungsrechtlichen Teil mit dem insolvenzrechtlichen wurden weitestgehend dadurch vermieden, dass es an maßgeblichen Stellen Querverweise gibt, die es verhindern, dass etwa die Frage, wann der Insolvenzgrund der Überschuldung vorliegt und Sanierungsbemühungen einzustellen sind, weil der Geschäftsführer nunmehr verpflichtet ist, Insolvenzantrag zu stellen, nur in einem der beiden Teile des Handbuchs ausführlich bearbeitet wird.

Im sanierungsrechtlichen Teil liegt der Schwerpunkt daher im Wesentlichen im Bereich der betriebs-, bilanz- und steuerrechtlichen Fragestellungen unter Einschluss der arbeitsrechtlichen Möglichkeiten des Stellenabbaus im Sanierungsprozess, soweit die Sanierungsfragen jedenfalls aus der Sicht der zu sanierenden Gesellschaft bearbeitet werden. Beleuchtet werden aber auch die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beratung von Gläubigern (Kreditinstituten, Vermietern, Dienstleistenden, Lieferanten und Werkunternehmern) der zu sanierenden Gesellschaften ergeben. In einem weiteren Schritt wurde im sanierungsrechtlichen Teil dargestellt, welchen Rat ein etwaiger Investor erfahren sollte, der außerhalb der Insolvenz in ein krisenbehaftetes Unternehmen einsteigen will. Der sanierungsrechtliche Teil des Handbuchs wird durch ein Kapitel abgerundet, das sich mit den Rechten und Pflichten der Sanierungsberater beschäftigt.

Der insolvenzrechtliche Teil des Handbuchs verfolgt ebenso das Konzept, die Beratung der an einem Insolvenzverfahren Beteiligten in den Vordergrund zu stellen. So wird zunächst der Insolvenzschuldner selbst (ggf. mit seinen Gesellschaftern und Organen) in das Blickfeld der Erläuterungen genommen. Darüber hinaus erfahren die Berater der verschiedenen Gläubigergruppen Hilfestellungen bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber dem vorläufigen „schwachen“ oder „starken“ und/oder endgültigen Insolvenzverwalter oder anderen Anspruchsgegnern. Diese Ansprüche können sich daraus ergeben, dass die Gläubiger Ab- und Aussonderungsrechte, Informations- und Mitwirkungsrechte sowie Rechte auf eine gleichmäßige quotale Befriedigung im Insolvenzverfahren haben. Für die Geschäftspartner des (vorläufigen) Insolvenzverwalters können sich ebenfalls Fragestellungen ergeben, die der Berater dieser Gläubiger zu beantworten hat und auf die es im Handbuch Antworten gibt. Der insolvenzrechtliche Teil wird abgerundet durch ein Kapitel zu den Fragestellungen des internationalen Insolvenzrechts.

Die Herausgeber und Autoren haben sich bemüht, durch Formulierungshilfen und Übersichten dem Benutzer die Bearbeitung von sanierungs- und insolvenzrechtlichen Mandaten zu erleichtern. Wir hoffen, dass uns dies gelungen ist.

Schließlich bedanken wir uns bei den zahlreichen Mitarbeitern, die die Herausgeber und Autoren bei ihren Manuskriptarbeiten tatkräftig unterstützt und so die Veröffentlichung des Werkes erst ermöglicht haben.

Düsseldorf, im Oktober 2005

Jörg Nerlich und Georg Kreplin

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXIX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXIII

Teil A. Sanierungsrecht

§ 1 Einleitung: Das sanierungsrechtliche Mandat (<i>Kreplin</i>)	1
--	---

1. Abschnitt. Die Beratung der zu sanierenden Gesellschaft

§ 2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen und Rahmenbedingungen (<i>Gras</i>)	7
§ 3 Arbeitsrechtliche Fragestellungen (<i>Fanselow</i>)	25
§ 4 Gesellschaftsrechtliche Fragestellungen – erläutert am Beispiel der GmbH (<i>Nerlich/Rhode</i>)	114
§ 5 Steuerliche Konsequenzen von Sanierungsmaßnahmen (<i>Gras</i>)	193
§ 6 Bilanzrechtliche Fragestellungen (<i>Gras</i>)	215
§ 7 Beratung bei Beteiligung von Kreditinstituten (<i>Bornheimer/Westkamp</i>)	234
§ 8 Allgemeine Vorgaben für erfolgreiche Sanierungskonzepte (<i>Lachmann</i>)	266
§ 9 Besonderheiten einzelner Sanierungsobjekte (<i>Kreplin/Leithaus/ Eckhardt/Nerlich</i>)	300

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 10 Allgemeines zur Gläubigerberatung (<i>Kreplin</i>)	358
§ 11 Besonderheiten bei Kaufverträgen (<i>Christiani</i>)	363
§ 12 Besonderheiten bei Werkverträgen (<i>Janßen</i>)	368
§ 13 Besonderheiten bei Miet- und Leasingverträgen (<i>Janßen</i>)	379
§ 14 Besonderheiten bei Factoringverträgen (<i>Kreplin</i>)	390
§ 15 Besonderheiten bei Patenten und Lizenzverträgen (<i>Commandeur</i>)	394
§ 16 Besonderheiten bei Versicherungsverträgen (<i>Nasser</i>)	400
§ 17 Besonderheiten im IT-Bereich (<i>Schaumann</i>)	414

3. Abschnitt. Die Beratung des Investors

§ 18 Allgemeines zur Investorberatung (<i>Kreplin</i>)	427
§ 19 Arbeitsrechtliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise (<i>Althaus</i>)	430
§ 20 Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Fragestellungen (<i>Taurus/Janner</i>)	534
§ 21 Steuerliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise (<i>Damaschke</i>)	573

4. Abschnitt. Der Sanierungsberater

§ 22 Rechte und Pflichten des Sanierungsberaters (<i>Riering</i>)	592
---	-----

Inhaltsübersicht

Teil B. Insolvenzrecht

	Seite
§ 23 Einleitung: Das insolvenzrechtliche Mandat (<i>Nerlich</i>)	611
1. Abschnitt. Die Beratung des Schuldners	
§ 24 Allgemeines zur Schuldnerberatung (<i>Nerlich</i>)	614
§ 25 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei natürlichen Personen – Verbraucherinsolvenz (<i>von Vietinghoff</i>)	650
§ 26 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei Personengesellschaften (<i>Leithaus/Kreplin</i>)	685
§ 27 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei juristischen Personen (<i>Eckhardt/Kreplin/Leithaus/Nerlich/Rhode</i>)	735
§ 28 Steuerliche Pflichten in der Insolvenz (<i>Damaschke</i>)	812
§ 29 Kreditgeschäft und Kreditsicherheiten (<i>Bornheimer/Westkamp</i>)	853
2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger	
§ 30 Allgemeines zur Gläubigerberatung (<i>Nerlich</i>)	961
§ 31 Aussonderungsgläubiger (<i>Riering</i>)	997
§ 32 Absonderungsgläubiger (ohne Grundpfandgläubiger) (<i>Riering</i>)	1028
§ 33 Grundpfandgläubiger (<i>Goebel</i>)	1066
§ 34 Arbeitnehmer als Gläubiger und Beteiligte (<i>Henn-Anschütz</i>)	1097
§ 35 Nachlassgläubiger (<i>Kreplin</i>)	1164
§ 36 Vertragspartner gegenseitiger Verträge (<i>Christiani/Commandeur/Forcher/Janßen/Kreplin/Nasser/Schaumann</i>)	1178
§ 37 Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO (<i>Heye</i>)	1271
§ 38 Nachrangige Insolvenzgläubiger gemäß § 39 InsO (<i>Riering</i>)	1286
3. Abschnitt. Verfahrensrecht	
§ 39 Das Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Heye</i>)	1293
§ 40 Prozessuale Fragestellungen (<i>Beck</i>)	1309
§ 41 Forderungsanmeldung und -durchsetzung (<i>Beck</i>)	1329
§ 42 Die Situation nach Beendigung des Insolvenzverfahrens (<i>Beck</i>)	1346
4. Abschnitt. Die Beratung der Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
§ 43 Geschäftspartner des vorläufigen Insolvenzverwalters (<i>Heye</i>)	1358
§ 44 Geschäftspartner des Insolvenzverwalters (<i>Heye/Lachmann</i>)	1379

Teil C. Internationale Beratungsfelder

§ 45 Internationales Insolvenzrecht (<i>Mincke</i>)	1423
Sachverzeichnis	1467

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Sanierungsrecht

	Seite
§ 1 Einleitung: Das sanierungsrechtliche Mandat	1
1. Abschnitt. Die Beratung der zu sanierenden Gesellschaft	
§ 2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen und Rahmenbedingungen	
I. Merkmale einer Krise	8
II. Krisenursprung	9
1. Marktrisiken	9
2. Finanzrisiken	10
3. Rechtliche Risiken	11
4. Managementrisiken	11
5. Checklisten	12
III. Krisenerfassung	14
1. Grundlagen	14
2. Datenbasis	14
3. Analysemethoden	15
4. Kreditwürdigkeitsprognosen und Ratingsysteme	19
IV. Risikofrüherkennung und KonTraG	20
1. Aktiengesellschaft	20
2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	21
3. Konzernunternehmen	21
V. Krisenvermeidende Strukturen	21
1. Börsennotierung von Gesellschaften	21
2. Beteiligungsmodelle	22
3. Unternehmensorganisation	23
4. Controlling	23
§ 3 Arbeitsrechtliche Fragestellungen	
I. Mandatsannahme und -bearbeitung	26
II. Bestandsaufnahme	28
1. Organigramm	28
2. Unternehmensstruktur	28
3. Personalstruktur	28
4. Personalvereinbarungen	41
5. Tarifvertragliche Regelungen	69
6. Betriebliche Übung	76
7. Kollektivarbeitsrecht	78
III. Möglichkeiten der Veränderung	81
1. Einleitung	81
2. Kollektive Maßnahmen	81
3. Veränderung einzelvertraglicher Vereinbarungen	84
4. Personalreduzierung	94
5. Beteiligungsrechte des Betriebsrates	103
6. Einzelprobleme	109

Inhaltsübersicht

§ 4 Gesellschaftsrechtliche Fragestellungen – erläutert am Beispiel der GmbH	Seite
I. Einleitung	116
II. Handlungsspielräume und Haftungsrisiken der Gesellschafter	117
1. Unterkapitalisierung, §§ 30, 31 GmbHG	117
2. Finanzierungsentscheidungen in der Krise	124
3. Vermeidungsstrategien und Sanierungsinstrumentarien	133
III. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Geschäftsführers	154
1. Erfassung der Krisensituation	154
2. Maßnahmenkatalog in Bezug auf die Organisationsstruktur	156
3. Maßnahmenkatalog auf gesellschaftsrechtlicher Ebene	157
4. Maßnahmenkatalog auf zivilrechtlicher Ebene	167
5. Maßnahmenkatalog auf insolvenzrechtlicher Ebene	171
6. Haftungsgefahren	175
IV. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Gesellschafter- Geschäftsführers	189
1. Handlungsspielräume	189
2. Haftung	189
V. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Geschäftsführers einer Vorgründungsgesellschaft/Vor-GmbH	190
1. Vorgründungsgesellschaft	191
2. Vor-GmbH	191
§ 5 Steuerliche Konsequenzen von Sanierungsmaßnahmen	
I. Einführung	193
II. Sanierungsmaßnahmen durch die Gesellschafter	194
1. Realisierung von stillen Reserven	194
2. Eigenkapitalbeschaffung	197
3. Darlehensgewährung	199
4. Rangrücktritt	206
5. Forderungsverzicht	207
6. Pensionsverzicht durch den Gesellschafter-Geschäftsführer	209
III. Sanierungsmaßnahmen durch Gläubiger	210
1. Forderungsverzicht	210
2. Schuldumwandlung	213
3. Zahlungsaufschub	214
§ 6 Bilanzrechtliche Fragestellungen	
I. Grundsatz der Unternehmensfortführung (going concern)	215
II. Bilanzpolitische Maßnahmen in einer Unternehmenskrise	216
1. Grundlagen	216
2. Grenzen der Bilanzpolitik durch den Stetigkeitsgrundsatz gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB	217
3. Sachverhaltsgestaltungen	219
4. Sachverhaltsdarstellung	220
III. Bilanzrechtliche Konsequenzen von ausgewählten Sanierungsmaßnahmen	221
1. Handelsrechtliche Grundlagen	221
2. Sanierungsmaßnahmen im leistungswirtschaftlichen Bereich	222
3. Sanierungsmaßnahmen im finanzwirtschaftlichen Bereich	227
§ 7 Beratung bei Beteiligung von Kreditinstituten	
I. Einleitung	237
II. Die Zeitvorgaben durch gesetzliche Anzeige- und Antragspflichten	237
1. Die Anzeigepflichten vor Eintritt eines Insolvenzgrundes	237
2. Die Anzeigepflichten vor oder mit Eintritt eines Insolvenzgrundes	238

	Seite
3. Die Antragspflichten nach Eintritt eines Insolvenzgrundes	238
III. Die Handlungsalternativen der Unternehmensführung in der Krise	240
1. Liquidation oder Sanierungsversuch	240
2. Außergerichtliche Maßnahmen oder Insolvenzverfahren	240
IV. Die Handlungsalternativen des Kreditinstituts in der Krise	243
1. Die Abwicklung des Kreditengagements	243
2. Das Stillhalten mit Krediten	244
3. Die Sanierung des krisenbetroffenen Unternehmens	245
V. Die Voraussetzungen einer erfolgreichen Sanierung	256
1. Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute sowie an das Risikomanagement	256
2. Die Beauftragung eines Spezialisten	264
§ 8 Allgemeine Vorgaben für erfolgreiche Sanierungskonzepte	
I. Einführung	267
II. Anforderungen an ein rechtlich tragfähiges Sanierungskonzept	268
III. Krisen – Due Diligence	269
1. Betriebswirtschaftliche Due Diligence	269
2. Rechtliche Due Diligence	276
IV. Bewertung der Sanierungschancen und Sanierungsrisiken	279
1. Aussagegehalt von Jahresabschlüssen	279
2. Sanierungsunfähigkeit	280
3. Unternehmensrettung vs. Rettung des Vermögens	280
V. Insolvenzabwendung	282
1. Insolvenzantragspflicht	282
2. Mandatsübernahme	282
3. Typische Beratungsfehler	284
4. Zielsetzung der Beratung und Prüfung der Insolvenzfolgen	284
VI. Sanierungsstrategie	285
1. Vorwärtsstrategie	285
2. Kooperationsstrategie	285
3. Nischenstrategie	286
4. Rückzugsstrategie	286
VII. Sanierungsmaßnahmen	286
1. Auflösung des Umlaufvermögens	286
2. Auflösung von Rücklagen	287
3. Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens	288
4. Leasing	289
5. Kapitalerhöhung	289
6. Zuzahlungen	291
7. Umwandlungen	291
8. Gesellschafterdarlehen	293
9. Patronatserklärung	294
10. Schuldbeitritt/Schuldübernahme	294
11. Vergleichsvereinbarungen	294
12. Venture Capital	295
VIII. Übertragende Sanierung	295
1. Management Buy-Out	296
2. Änderungen der Gesellschafterstruktur	296
3. Verkauf an einen strategischen Investor oder Finanzinvestor	296
IX. Restrukturierung des Unternehmens	297
X. Sanierungskonzept	298

Inhaltsübersicht

§ 9 Besonderheiten einzelner Sanierungsobjekte	Seite
I. Die Aktiengesellschaft	303
1. Unternehmenskrise	303
2. Insolvenzrechtliche Krise	303
3. Pflichten des Vorstands in der Krise	303
4. Pflichten der Mitglieder/Aktionäre in der Krise	304
5. Finanzwirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Sanierungsmaßnahmen	304
II. Die OHG und die KG	312
1. Die Krise der OHG/KG	312
2. Pflichten der Gesellschafter in der Krise	312
3. Finanzwirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Sanierungsmaßnahmen	313
III. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	315
1. Allgemeines	315
2. Abgrenzung OHG/GbR	316
3. Rechts-, Partei- und Insolvenzfähigkeit	316
4. Krisenerkennung	317
5. Sanierungsmaßnahmen	319
IV. Die GmbH & Co. KG	321
1. Die Krise der GmbH & Co. KG	321
2. Freiwillige Liquidation und Betriebsstilllegung	323
3. Sanierungsmaßnahmen	323
V. Die Genossenschaft	330
1. Die Krise der Genossenschaft	331
2. Sanierungsmaßnahmen	332
3. Haftungsrisiken der Genossenschaftsmitglieder	342
4. Insolvenzantragspflicht	347
VI. Der Verein	354
1. Sanierungs- und Insolvenzfähigkeit	354
2. Rechtsfolgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	356

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 10 Allgemeines zur Gläubigerberatung

§ 11 Besonderheiten bei Kaufverträgen

I. Einführung	363
II. Kaufverträge über bewegliche Sachen	364
1. Sanierungsgesellschaft als Käuferin	364
2. Sanierungsgesellschaft als Verkäuferin	366
III. Kaufverträge über unbewegliche Sachen	366
1. Sanierungsgesellschaft als Käuferin	366
2. Sanierungsgesellschaft als Verkäuferin	366
IV. Kaufverträge über teilbare Leistungen	367

§ 12 Besonderheiten bei Werkverträgen

I. Allgemeines	368
II. Sanierungsgesellschaft als Werkunternehmerin	369
1. Rechtsfolgen der Insolvenz der Werkunternehmerin	369
2. Kündigungsrechte des Bestellers, §§ 648, 648a BGB	371
III. Sanierungsgesellschaft als Bestellerin	371
1. Rechtsfolgen der Insolvenz der Bestellerin	371
2. Das Werkunternehmerpfandrecht des § 647 BGB als Sicherungsrecht	373
3. Die Bauunternehmersicherungshypothek des § 650e BGB als Sicherungsrecht	375

Inhaltsübersicht

	Seite
4. Sonstige Sicherheiten	376
IV. Besonderheiten des VOB-Vertrages im Insolvenzfall	377
1. Keine vollständige Erfüllung	377
2. Der Sicherheitseinbehalt	378
3. Das Kündigungsrecht des Bestellers, § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B	378
§ 13 Besonderheiten bei Miet- und Leasingverträgen	
I. Allgemeines zu Mietverträgen	379
II. Mietverträge über bewegliche Sachen	379
1. Sanierungsgesellschaft als Vermieterin	380
2. Sanierungsgesellschaft als Mieterin	380
III. Mietverträge über unbewegliche Sachen	380
1. Sanierungsgesellschaft als Vermieterin	380
2. Sanierungsgesellschaft als Mieterin	382
IV. Allgemeines zu Leasingverträgen	384
V. Leasingverträge über bewegliche Sachen	384
1. Sanierungsgesellschaft als Leasinggeberin	384
2. Sanierungsgesellschaft als Leasingnehmerin	387
VI. Leasingverträge über unbewegliche Sachen	388
1. Sanierungsgesellschaft als Leasinggeberin	388
2. Sanierungsgesellschaft als Leasingnehmerin	389
§ 14 Besonderheiten bei Factoringverträgen	
I. Allgemeines	390
II. Sanierungsgesellschaft als Factor	391
III. Sanierungsgesellschaft als Factoringkunde	392
1. Echtes Factoring	393
2. Unechtes Factoring	393
IV. Sanierungsgesellschaft als Forderungsschuldner	393
§ 15 Besonderheiten bei Patenten und Lizenzverträgen	
I. Einleitung	394
II. Patente und anderes geistiges Eigentum	396
III. Lizenzen als Nutzungsrechte an geistigem Eigentum	397
1. Nutzungsrechte an geistigem Eigentum	397
2. Arten von Lizenzen	397
3. Rechtsqualität von Lizenzen	397
§ 16 Besonderheiten bei Versicherungsverträgen	
I. Der Versicherungsvertrag	400
1. Allgemeines	400
2. Die Rechtsnatur des Versicherungsvertrages	401
II. Sanierungsgesellschaft als Versicherungsnehmerin	402
1. Allgemeines	402
2. Die Gläubigergruppen der Sanierungsgesellschaft	402
III. Sanierungsgesellschaft als Versicherungsgeberin	412
§ 17 Besonderheiten im IT-Bereich	
I. Allgemeines	415
II. Hardware	415
III. Software	416
1. Allgemeines	416

Inhaltsübersicht

	Seite
2. Computerprogramme als Teil der Insolvenzmasse	417
3. Beratungsfragen mit Blick auf die Nutzung von Software in der Insolvenz ..	418
IV. Internet und Insolvenz	425
1. Insolvenzbeschlagnetzspezifischer Inhalte	425
2. Schicksal der Internetverträge	425
3. Verwertung von Domains	426
 3. Abschnitt. Die Beratung des Investors 	
§ 18 Allgemeines zur Investorberatung	
§ 19 Arbeitsrechtliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise	
I. Einleitung	433
1. Einführung	433
2. Asset Deal versus Share Deal	434
3. Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge	434
II. Betriebsübergang nach § 613a BGB	435
1. Allgemeines	435
2. Tatbestandsvoraussetzungen des Betriebsübergangs	438
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs für das einzelne Arbeitsverhältnis (§ 613a Abs. 1 S. 1 BGB)	453
4. Unterrichtungspflicht (§ 613a Abs. 5 BGB)	469
5. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers (§ 613a Abs. 6 BGB)	475
6. Haftungsfragen	480
7. Kündigungen im Zusammenhang mit dem Betriebsübergang (§ 613a Abs. 4 BGB)	483
8. Weitergeltung von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung (§ 613a Abs. 1 S. 2–4 BGB)	492
9. Betriebsverfassungs- und mitbestimmungsrechtliche Fragen	507
10. Betriebsübergang und Insolvenz	513
11. Allgemeine prozessuale Fragen	517
III. Umwandlungsgesetz und Betriebsübergang	518
1. Allgemeines	518
2. Zuordnung der Betriebe oder Betriebsteile	519
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs bei Umwandlungen für die Arbeitsverhältnisse	520
4. Unterrichtungspflicht	523
5. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	523
6. Haftungsfragen	524
7. Kündigungsschutz	525
8. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs bei Umwandlungen für Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung	527
9. Betriebsverfassungsrechtliche und mitbestimmungsrechtliche Fragen	529
10. Beteiligung des Betriebsrats auf Grund von Sonderregelungen des Um- wandlungsgesetzes	530
IV. Arbeitsrechtliche Due Diligence-Checklisten	530
§ 20 Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Fragestellungen	
I. Begriffsbestimmungen	535
II. Vorfragen: Art und Umfang des Engagements des Investors	536
1. Reorganisation einer Kapitalgesellschaft	537
2. Beteiligung an Personengesellschaften	537
3. Engagement im Rahmen einer Sanierungsumwandlung	537

Inhaltsübersicht

	Seite
4. Übertragende Sanierung (Asset-Deal)	538
III. Vorbereitende Maßnahmen	538
1. Geheimhaltung, Letter of Intent, Verhandlungsprotokolle	538
2. Due Diligence	541
IV. Beratung des Investors bei Übernahme einer Beteiligung	543
1. Übernahme eines Kapitalanteils nach Kapitalschnitt (Barkapitalerhöhung) .	543
2. Gestaltung eines Gesellschafterbeschlusses	547
3. Flankierende Maßnahmen zur Sicherung der Interessen des Investors	548
V. Beratung des Investors beim Unternehmenskauf	549
1. Entscheidungshilfen Asset-Deal oder Share-Deal	549
2. Unternehmenskauf	550
VI. Besonderheit beim Anteilerwerb an Kapitalgesellschaft (Share-Deal)	557
1. Vertragsgestaltung	557
2. Gesellschaftsrechtliche Haftungsprobleme des Investors bei Anteilerwerb an Kapitalgesellschaft	561
VII. Besonderheiten beim Erwerb einer Beteiligung an Personengesellschaft	562
1. GbR	562
2. OHG	562
3. KG	563
VIII. Sanierungsumwandlung nach dem Umwandlungsgesetz	563
1. Bedeutung von Umwandlungen als Sanierungsinstrument für den Investor ...	563
2. Sanierungsfusion	564
3. Sanierungsspaltung	566
IX. Beratung des Investors bei Asset-Deal (sog. „übertragende Sanierung“)	569
1. Außergerichtliche oder gerichtliche „übertragende Sanierung“	569
2. Vertragsgestaltung beim Asset-Deal	571
§ 21 Steuerliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise	
I. Einleitung	573
II. Steuerbelastung und -gestaltung für den Käufer	575
1. Kauf eines Einzelunternehmens	575
2. Kauf von Anteilen an einer Personengesellschaft	580
3. Kauf von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	582
III. Steuerbelastung und -gestaltung für den Verkäufer	585
1. Verkauf eines Einzelunternehmens	585
2. Verkauf von Anteilen an einer Personengesellschaft	587
3. Verkauf von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	588
IV. Haftung	590

4. Abschnitt. Der Sanierungsberater

§ 22 Rechte und Pflichten des Sanierungsberaters	
I. Rechte	593
1. Allgemeines	593
2. Honoraranspruch	593
3. Auskunftsverweigerungsrecht gegenüber dem Insolvenzverwalter	594
II. Pflichten	595
1. Allgemeines	595
2. Verschwiegenheitspflicht	595
3. Interessenkollision	595
4. Umfassende Rechtsprüfung und -beratung	595
III. Haftung	603

Inhaltsübersicht

	Seite
1. Allgemeines	603
2. Haftung gegenüber dem Mandanten	603
3. Haftung gegenüber Dritten	606
4. Strafrechtliche Haftung	607

Teil B. Insolvenzrecht

§ 23 Einleitung: Das insolvenzrechtliche Mandat

1. Abschnitt. Die Beratung des Schuldners

§ 24 Allgemeines zur Schuldnerberatung

I. Allgemeines	615
II. Insolvenzfähigkeit	615
1. Natürliche und juristische Person	616
2. Nicht rechtsfähiger Verein	616
3. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	616
4. Nachlass und Gesamtgut	618
5. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	618
6. Auslandsgesellschaften	618
III. Rechte, Pflichten und persönliche Beschränkungen des Schuldners	619
1. Insolvenzantragsrechte und -pflichten des Schuldners	620
2. Mitwirkungsrechte und -pflichten	622
3. Verfügungsbeschränkungen und -verbote	624
IV. Gestaltungsmöglichkeiten für den Schuldner	628
1. Betriebsfortführung durch Übernahme der Aktiva (sog. „übertragende Sanierung“)	628
2. Betriebsfortführung durch Restrukturierung mittels eines Insolvenzplans	629
3. Eigenverwaltung	645

§ 25 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei natürlichen Personen – Verbraucherinsolvenz

I. Insolvenzfähigkeit	651
1. Allgemeines	651
2. Möglichkeiten im Rahmen der Insolvenzordnung	651
3. Abgrenzung Verbraucherinsolvenzverfahren und Regelinsolvenzverfahren ..	652
II. Insolvenzgrund	653
1. Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO	653
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO	654
III. Insolvenzantrag	654
1. Schuldnerantrag	655
2. Gläubigerantrag, § 14 InsO	665
IV. Verbraucherinsolvenzverfahren	666
1. Außergerichtlicher Schuldenbereinigungsplan	666
2. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	668
3. Vereinfachtes Verfahren, § 311 InsO	671
V. Restschuldbefreiung, §§ 286 ff. InsO	671
1. Allgemeines	671
2. Antrag des Schuldners, § 287 InsO	672
3. Entscheidung des Insolvenzgerichts, § 287a InsO	673
4. Erwerbsobliegenheiten des Schuldners, § 287b InsO	673
5. Bestimmung des Treuhänders, § 288 InsO	673

	Seite
6. Einstellung des Insolvenzverfahrens, § 289 InsO	674
7. Versagungsgründe gemäß § 290	674
8. Ankündigung der Restschuldbefreiung, § 291 InsO	676
9. Rechtsstellung des Treuhänders, § 292 InsO	676
10. Vergütung des Treuhänders, § 293 InsO	677
11. Gleichbehandlung der Gläubiger, § 294 InsO	677
12. Die Obliegenheiten des Schuldners	678
13. Verstoß gegen Obliegenheiten, § 296 InsO	680
14. Insolvenzstraftaten, § 297 InsO	680
15. Nachträglich bekannt gewordene Versagungsgründe, § 297a InsO	681
16. Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders, § 298 InsO	681
17. Vorzeitige Beendigung, § 299 InsO	681
18. Entscheidung über die Restschuldbefreiung, § 300 InsO	681
19. Neuerwerb im laufenden Insolvenzverfahren, § 300a InsO	682
20. Wirkung der Restschuldbefreiung, § 301 InsO	683
21. Ausgenommene Forderungen, § 302 InsO	683
22. Widerruf der Restschuldbefreiung, § 303 InsO	683
23. Eintragung in das Schuldnerverzeichnis, § 303a InsO	684
§ 26 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei Personengesellschaften	
I. Die GbR	687
1. Insolvenzfähigkeit der Gesellschaft	687
2. Insolvenz der Gesellschafter	687
3. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung in der GbR; Gründungsberatung	689
4. Stellung des Insolvenzantrages über das Vermögen einer GbR	691
5. Das Verfahren nach Antragstellung; Anordnung von Sicherungsmaßnahmen über das Vermögen der GbR	696
6. Eröffnung und eröffnetes Insolvenzverfahren über das Vermögen der GbR ...	696
7. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Gesellschafters einer GbR	698
8. Persönliche Haftung der Gesellschafter (§§ 92, 93 InsO)	699
II. Die OHG und die KG	702
1. Einleitung	702
2. Insolvenzfähigkeit	703
3. Insolvenzgründe	703
4. Insolvenzantrag	704
5. Abweisung und Einstellung mangels Masse	706
6. Das gerichtliche Insolvenzeröffnungsverfahren	707
7. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	708
8. Persönliche Gesellschafterhaftung	709
9. Die Kommanditistenhaftung	712
10. Insolvenzmasse	717
11. Restschuldbefreiung	719
III. Die GmbH & Co. KG	720
1. Rechtliche Einheit und Trennungsprinzip	720
2. Insolvenzfähigkeit	720
3. Insolvenzgründe	721
4. Insolvenzantrag – Haftungsrechtliche Folgen bei schuldhafter Verletzung ...	724
5. Sonstige Rechte, Pflichten und Haftungsrisiken des Geschäftsführers	728
6. Das Insolvenzverfahren	730
7. Insolvenzmasse	732
8. Eigenkapitalersatz bei der GmbH & Co. KG	734
9. Fortsetzung der GmbH & Co. KG	734

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 27 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei juristischen Personen	
I. Die GmbH	739
1. Allgemeines	739
2. Insolvenzfähigkeit	739
3. Insolvenzgründe	739
4. Insolvenzantrag	740
5. Wirkung der Verfahrenseröffnung auf das Gesellschaftsvermögen	743
6. Abschluss des Insolvenzverfahrens	744
7. Rechtsstellung des Geschäftsführers	745
8. Besonderheiten bei der Vorgründungsgesellschaft und der Vor-GmbH	750
9. Konzernrechtliche Besonderheiten	751
II. Die Aktiengesellschaft	752
1. Insolvenzfähigkeit	752
2. Insolvenzantrag	753
3. Kompetenzaufteilung im eröffneten Verfahren	757
4. Insolvenzmasse	761
5. Rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger	764
6. Eigenkapitalersatz bei der Aktiengesellschaft	765
7. Besonderheiten bei der KGaA	767
III. Die Genossenschaft	767
1. Insolvenzfähigkeit	768
2. Insolvenzgründe	769
3. Der Insolvenzantrag	772
4. Nachschusspflicht in der Insolvenz	779
5. Insolvenzplan	784
6. Besonderheiten	790
IV. Der Verein	793
1. Rechtsform und Grundlagen	793
2. Rechtsfähiger Verein	793
3. Besonderheiten bei Sportvereinen	800
4. Besonderheiten bei der Insolvenz des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG)	801
5. Besonderheiten bei Kreditinstituten	802
6. Nichtrechtsfähiger Verein	803
V. Die Stiftung	804
1. Rechtsform und Grundlagen	804
2. Insolvenzfähigkeit und -gründe	805
3. Insolvenzantrag	805
4. Rechtsfolgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	806
VI. Die Unternehmergesellschaft	806
1. Allgemeines	806
2. UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	807
3. Übergang zur regulären GmbH	807
4. Die Krise der UG	807
5. Insolvenzantragspflicht	808
6. Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung bei drohender Zahlungsunfähigkeit (§ 5a Abs. 4 GmbHG)	808
7. Haftungsrisiken in der Krise und Sanierungsmaßnahmen	809
VII. Besonderheiten im Inland tätiger Gesellschaften ausländischer Rechtsform	809
1. Unterschiedliche Haftungsansätze	809
2. Folge der Aufgabe der Sitztheorie	809
3. Unternehmenskrise	810
4. Pflichten und Risiken der Beteiligten in der Krise	810

	Seite
§ 28 Steuerliche Pflichten in der Insolvenz	
I. Mitwirkungs- und Erklärungspflichten in der Insolvenz	812
II. Besonderheiten bei einzelnen Steuerarten	816
1. Persönliche Steuern	816
2. Betriebliche Steuern	819
3. Sonstige Steuern	825
III. Haftung	827
1. Gesellschafterhaftung	827
2. Geschäftsführerhaftung	828
IV. Blick in die Rechtsprechung	829
1. Verfahrensrecht	829
2. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer	833
3. Umsatzsteuer	834
§ 29 Kreditgeschäft und Kreditsicherheiten	
I. Einleitung	856
II. Die Wirksamkeit der Kreditkündigung	856
1. Die ordentliche Kündigung	857
2. Die Kündigung von Verbraucherdarlehen	857
3. Die außerordentliche Kündigung	857
4. Einschränkungen des Kündigungsrechts	858
5. Die Rechtsfolgen der Kreditkündigung	859
III. Das Stillhalten mit Krediten	860
IV. Die Gewährung eines Sanierungskredits	860
1. Begriff	861
2. Die Abgrenzung zur sittenwidrigen Insolvenzverschleppung	861
3. Die Rechtsfolgen der Insolvenzverschleppung	862
4. Die Kündigung eines Sanierungskredits	863
V. Die Gewährung eines Überbrückungskredits	863
VI. Die Gewährung eines Liquidationskredits	864
VII. Die Behandlung von Gesellschafterdarlehen	865
1. Allgemeines	865
2. Die erfassten Gesellschaftsformen	866
3. Der betroffene Personenkreis	866
4. Der gesetzlich freigestellte Personenkreis	867
5. Das Gesellschafterdarlehen und wirtschaftlich gleichgestellte Forderungen	868
6. Die Rechtsfolgen	868
VIII. Die Anfechtung von Kreditgeschäften	869
1. Zweck und Grundprinzip der Anfechtung	869
2. Die Reform der Insolvenzanfechtung	870
3. Die anfechtbaren Rechtshandlungen	870
4. Der Handelnde	871
5. Die objektive Gläubigerbenachteiligung	872
6. Besonderer Teil der Insolvenzanfechtung	877
IX. Die Wirksamkeit von Kreditsicherheiten	888
1. Die Knebelung	888
2. Die Übersicherung	891
3. Die Gläubigergefährdung	893
X. Die Anfechtung von Kreditsicherheiten	894
1. Das Bargeschäft	894
2. Die Anfechtung der Besicherung gem. § 130 InsO	895
3. Die Vorsatzanfechtung der Besicherung gem. § 133 InsO	899

Inhaltsübersicht

	Seite
4. Die Anfechtung der Besicherung gem. § 134 InsO	900
5. Die Anfechtung der Besicherung gem. § 135 Abs. 1 Nr. 1 InsO	900
XI. Kredite und Kreditsicherheiten im Insolvenzeröffnungsverfahren	900
1. Der starke vorläufige Insolvenzverwalter	901
2. Der schwache vorläufige Insolvenzverwalter	903
3. Die Eigenverwaltung	905
4. Die Negativ- und Positivverklärungen	906
XII. Kredite und Kreditsicherheiten im eröffneten Insolvenzverfahren	906
1. Die eingeräumten Kredite	906
2. Die Besicherung der Neukredite	908
XIII. Kredite und Besicherung im Insolvenzplanverfahren	909
1. Die Rückzahlung der Kredite bis zur Aufhebung des Insolvenzverfahrens ...	909
2. Die Kreditgewährung während der Überwachung der Planerfüllung	909
XIV. Der Sicherheiten-Pool	911
1. Die Sicherheiten-Poolverträge der Kreditinstitute	912
2. Die Sicherheitenabgrenzungsverträge	916
XV. Die Drittsicherheiten	916
1. Die Bürgschaft	917
2. Die Bürgschaft auf erstes Anfordern	917
3. Der Garantievertrag	918
4. Die Patronatserklärung	919
5. Die Erwerbs- oder Abkaufverpflichtung	920
6. Der Schuldbeitritt	921
7. Die gesetzlichen Beschränkungen von Drittsicherheiten	921
XVI. Die Verwertung von Kreditsicherheiten	926
1. Allgemeines	926
2. Die Verwertung im Insolvenzeröffnungsverfahren	928
3. Die Verwertung von Kreditsicherheiten nach Eröffnung des Insolvenzver- fahrens	934
3. Die Ersatzaussonderung	957
4. Die Ersatzabsonderung	959

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 30 Allgemeines zur Gläubigerberatung

I. Allgemeines	962
II. Gläubiger und ihre Organe	963
1. Arten von Gläubigern	963
2. Gläubigerorgane	967
3. Gläubigergruppen	973
III. Beschränkungen der Gläubiger	975
1. Vollstreckungsbeschränkungen	975
2. Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs	977
3. Verwertungsbeschränkungen	978
4. Anfechtung	980
5. Aufrechnung	993

§ 31 Aussonderungsgläubiger

I. Allgemeines	998
II. Durchsetzung der Aussonderung	998
1. Außergerichtliche Durchsetzung	998
2. Der Aussonderungsrechtsstreit	1005

	Seite
III. Aussonderungsfähige Rechte	1009
1. Aussonderungsgegenstand	1009
2. Eigentum	1009
3. Besitz	1019
4. Beschränkt dingliche Rechte	1019
5. Schuldrechtliche Herausgabeansprüche	1019
6. Forderungen	1020
7. Treuhandeigentum	1023
8. Kommission	1024
9. Besonderheiten in der Ehegatteninsolvenz	1024
IV. Ersatzaussonderung	1025
1. Allgemeines	1025
2. Voraussetzungen	1025
3. Inhalt des Anspruches	1026
§ 32 Absonderungsgläubiger (ohne Grundpfandgläubiger)	
I. Allgemeines	1029
II. Durchsetzung des Absonderungsrechtes	1030
1. Außergerichtliche Durchsetzung	1030
2. Gerichtliche Durchsetzung	1034
3. Rang konkurrierender Absonderungsrechte	1035
III. Die Verwertung des Absonderungsrechtes	1035
1. Allgemeines	1035
2. Verwertung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	1035
3. Verwertung durch den Insolvenzverwalter	1036
4. Verwertung durch den Gläubiger	1050
5. Umsatzsteuerpflicht	1051
IV. Besondere Verfahrensarten	1052
1. Absonderungsrechte im Insolvenzplan	1052
2. Absonderungsrechte im Schuldenbereinigungsplan	1053
3. Absonderungsrechte in der Restschuldbefreiung	1053
V. Die Anmeldung zur Insolvenztabelle	1054
1. Allgemeines	1054
2. Pflicht eines Hinweises auf das Absonderungsrecht	1055
3. Ausschüttungen auf Ausfallforderungen	1055
VI. Allgemeine Absonderungsrechte	1056
1. Allgemeines	1056
2. Unbewegliche Gegenstände (§ 49 InsO)	1056
3. Pfandrechte (§ 50 InsO)	1057
4. Sonstige Absonderungsrechte (§ 51 InsO)	1059
§ 33 Grundpfandgläubiger	
I. Einleitung	1067
II. Die Grundpfandgläubiger	1067
III. Die dem Grundpfandgläubiger verhafteten Gegenstände	1068
1. Das der Zwangsvollstreckung unterliegende unbewegliche Vermögen	1068
2. Weitere, dem Grundpfandgläubiger verhaftete Gegenstände	1069
IV. Der Umfang des Absonderungsrechtes	1074
1. Der Umfang der zu befriedigenden Forderung	1074
2. Insolvenzplan und Absonderungsrecht	1074
V. Die Verwertung des unbeweglichen Vermögens	1075
1. Beginn der Verwertung vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1076
2. Verwertung nach Eröffnung des Verfahrens	1077

Inhaltsübersicht

	Seite
VI. Die Behinderung der für den Grundpfandgläubiger erfolgreichen Verwertung durch den Insolvenzverwalter	1080
1. Die einstweilige Einstellung nach § 30d Abs. 4 ZVG	1080
2. Die einstweilige Einstellung nach § 30d Abs. 1 Nr. 1–4 ZVG	1081
3. Die einstweilige Einstellung nach § 30d Abs. 2 ZVG	1083
4. Die einstweilige Einstellung nach § 153b ZVG	1083
5. Das Verlangen eines Doppelausgebotes nach § 174a ZVG	1084
6. Die Rechte und Reaktionsmöglichkeiten des Grundpfandgläubigers nach der einstweiligen Einstellung	1085
VII. Konkurrierende Absonderungsrechte	1091
1. Rangfolge der Absonderungsberechtigten	1091
2. Rangfolge zwischen Grundpfandgläubiger und Sicherungseigentümer am Zubehör	1092
VIII. Der Grundpfandgläubiger als gleichzeitig persönlicher Forderungsinhaber	1093
1. Die Anmeldung der Forderung zur Insolvenztabelle	1093
2. Der Umfang der Ausfallhaftung	1094
3. Der Nachweis der Ausfallhaftung	1095
4. Die Berücksichtigung der Haftung von Gesamtschuldnern	1096
§ 34 Arbeitnehmer als Gläubiger und Beteiligte	
I. Allgemeines	1099
1. Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	1099
2. Sonderregelungen der InsO	1099
3. Stellung des Insolvenzverwalters	1099
II. Der Arbeitnehmer	1103
1. Begriff des Arbeitnehmers	1103
2. Arbeitnehmerähnliche Personen	1104
3. Neben- und Teilzeitbeschäftigte	1105
4. Organmitglieder, Geschäftsführer	1105
5. Neu entstehende Arbeitsverhältnisse in der Insolvenz	1106
III. Ansprüche des Arbeitnehmers	1107
1. Einordnung der Ansprüche	1107
2. Ansprüche für die Zeit vor Insolvenzeröffnung	1108
3. Ansprüche für die Zeit nach Insolvenzeröffnung	1111
4. Ansprüche im Fall der Masseunzulänglichkeit	1112
5. Einzelne Arbeitnehmerforderungen	1113
IV. Kündigung und Kündigungsschutz im Insolvenzverfahren	1125
1. Kündigung	1126
2. Kündigungsschutz	1134
3. Der Betriebsrat	1151
4. Massenentlassung	1153
5. Kündigung durch den Arbeitnehmer	1155
V. Insolvenzgeld	1156
1. Anspruchsvoraussetzungen	1157
2. Umfang des Anspruches	1159
3. Verfahren	1161
4. Vorläufige Zahlungen	1162
5. Rückzahlungen	1163
6. Anspruchsübergang	1163
§ 35 Nachlassgläubiger	
I. Einleitung	1164
1. Unbeschränkte Erbenhaftung	1165

Inhaltsübersicht

	Seite
2. Anwendbare Vorschriften des Regelinsolvenzverfahrens	1165
3. Zweck	1166
II. Antragsrecht und Antragspflicht	1166
1. Antragsrecht	1166
2. Antragspflicht	1168
III. Insolvenzeröffnungsgründe	1169
IV. Mögliche Verfahrensgestaltungen	1170
1. Nachlassinsolvenz	1170
2. Eigeninsolvenz des Erben	1170
3. Fortgesetztes Insolvenzverfahren	1170
V. Die Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens und die Stellung der Beteiligten	1171
1. Zulässigkeit der Eröffnung	1171
2. Zuständigkeit	1171
3. Der Erbe als Nachlassschuldner	1172
4. Insolvenzverwalter	1172
5. Der nachlassverwaltende Testamentvollstrecker	1172
VI. Nachlassgläubiger	1173
1. Umfang der Nachlassverbindlichkeiten	1173
2. Der Erbe als Nachlassgläubiger	1174
VII. Die Nachlassinsolvenzmasse	1174
1. Schadensersatzansprüche	1174
2. Anfechtung	1174
3. Keine dingliche Surrogation	1175
4. Schutz der Nachlassinsolvenzmasse – keine abgesonderte Befriedigung durch Vollstreckungsmaßnahmen	1175
VIII. Rangfolge der Befriedigung der Nachlassgläubiger	1176
IX. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1177

§ 36 Vertragspartner gegenseitiger Verträge

I. Kaufverträge	1182
1. Einführung	1182
2. Erfüllung	1183
3. Mängel	1184
4. Teilbare Leistungen	1187
5. Der Grundstückskauf	1188
6. Der Vorbehaltskauf	1190
7. Fixgeschäfte für Warenlieferungen	1195
II. Mietverträge und Pachtverträge	1196
1. Einführung	1196
2. Verträge über bewegliche Gegenstände	1197
3. Verträge über unbewegliche Gegenstände	1198
4. Kündigungssperre in der Mieterinsolvenz	1208
III. Werkverträge	1209
1. Allgemeines	1209
2. Die Insolvenz des Werkunternehmers	1209
3. Die Insolvenz des Bestellers	1210
4. Das Werkunternehmerpfandrecht als Sicherungsrecht	1211
5. Die Kündigung des Werkvertrages in der Insolvenz	1213
6. Gewährleistung und Insolvenz	1214
7. Der Sicherungseinbehalt	1216
IV. Bauverträge	1216
1. Der VOB/B-Vertrag	1216

Inhaltsübersicht

	Seite
2. Der ARGE-Vertrag	1234
3. Der Bauträgervertrag in der Insolvenz	1237
V. Besonderheiten bei Leasingverträgen	1239
1. Allgemeines	1239
2. Die Insolvenz des Leasingnehmers	1240
3. Die Insolvenz des Leasinggebers	1242
VI. Factoringverträge	1244
1. Allgemeines	1244
2. Die Insolvenz des Factoringkunden	1245
3. Die Insolvenz des Factors	1246
4. Die Insolvenz des Forderungsschuldners	1247
5. Sicherungsmaßnahmen im vorläufigen Insolvenzverfahren	1247
VII. Lizenz- und Urheberrechtsverträge	1248
1. Lizenzverträge	1248
2. Urheberrechte	1257
VIII. Versicherungsverträge	1259
1. Allgemeines	1259
2. Die Insolvenz des Versicherungsnehmers	1260
3. Aussonderungs- und Absonderungsrechte	1262
4. Die Insolvenz der Versicherungsgesellschaft	1266
IX. IT und Insolvenz	1267
1. Hardware in der Insolvenz	1267
2. Software in der Insolvenz	1267
3. Schicksal der Internetverträge	1270
 § 37 Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO	
I. Einführung	1271
II. Klassifizierung als Insolvenzforderung	1272
1. Begriff des Insolvenzgläubigers	1272
2. Abgrenzung der Insolvenzforderungen von sonstigen (privilegierten und nachrangigen) Forderungen	1273
3. Behandlung verschiedener Forderungsarten	1278
III. Beteiligung am Insolvenzverfahren	1280
1. Quotale Befriedigung der Insolvenzgläubiger	1280
2. Teilnahme am Insolvenzverfahren	1281
IV. Gebühren	1284
 § 38 Nachrangige Insolvenzgläubiger gem. § 39 InsO	
I. Allgemeines	1286
1. Zweck	1286
2. Anwendung	1287
3. Verfahren	1288
II. Insolvenzforderungen nach § 39 InsO	1289
1. Zinsen (Abs. 1 Nr. 1)	1289
2. Kosten der Verfahrensteilnahme (Abs. 1 Nr. 2)	1290
3. Geldstrafen, Geldbußen uä (Abs. 1 Nr. 3)	1290
4. Forderungen aus unentgeltlicher Leistung (Abs. 1 Nr. 4)	1290
5. Forderungen aus Eigenkapitalersatz (Abs. 1 Nr. 5)	1290
6. Nachlassinsolvenz (§ 327 InsO)	1291
7. Rangrücktrittsvereinbarungen (Abs. 2)	1291
8. Insolvenzplan	1291

3. Abschnitt. Verfahrensrecht

	Seite
§ 39 Das Insolvenzeröffnungsverfahren	
I. Einführung	1293
II. Gang des Insolvenzeröffnungsverfahrens	1294
1. Insolvenzantrag	1294
2. Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts	1299
3. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten und -rechte der Gläubiger	1305
4. Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	1307
5. Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Insolvenzeröffnungsverfahren	1308
§ 40 Prozessuale Fragestellungen	
I. Unterbrechung der Prozessrechtsverhältnisse bei Verfahrenseröffnung	1310
1. Grundgedanke des § 240 ZPO	1310
2. Voraussetzungen der Verfahrensunterbrechung	1311
3. Rechtsfolgen der Unterbrechung gem. § 249 ZPO	1314
II. Beendigung der Unterbrechung und Aufnahme unterbrochener Verfahren	1315
1. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1315
2. Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens	1315
III. Die Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen im Einzelnen	1316
1. Aktivprozess, § 85 InsO	1316
2. Passivprozess über Aus- und Absonderungsrechte sowie Masseschuldansprüche, § 86 InsO	1319
3. Passivprozess über Forderungen der Insolvenzgläubiger, § 87 InsO	1322
IV. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	1323
1. Verbot der Einzelvollstreckung	1323
2. Besonderheiten bei der Lohnpfändung	1325
3. Rückschlagsperre	1327
§ 41 Forderungsanmeldung und -durchsetzung	
I. Anmeldung und Prüfung der Forderungen	1330
1. Anmeldung von Insolvenzforderungen	1330
2. Forderungsanmeldung bei Absonderungsrechten	1334
3. Eintragung in die Tabelle	1336
4. Prüfung der Forderungen	1336
II. Durchsetzung bestrittener Forderungen	1337
1. Überblick	1337
2. Widerspruch des Schuldners im Regelverfahren	1338
3. Widerspruch durch Insolvenzverwalter oder andere Insolvenzgläubiger bzw. bei Eigenverwaltung durch Schuldner oder Sachwalter oder Insolvenzgläubiger	1341
4. Zur Forderungsfeststellungsklage im Einzelnen	1342
§ 42 Die Situation nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	
I. Arten der Verfahrensbeendigung	1347
1. Aufhebung nach Schlussverteilung, § 200 InsO	1347
2. Aufhebung nach Bestätigung des Insolvenzplans, § 258 InsO	1348
3. Aufhebung nach Antrag auf Restschuldbefreiung	1348
4. Einstellung mangels Masse, § 207 InsO	1349
5. Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit, § 211 InsO	1349
6. Einstellung nach Wegfall des Eröffnungsgrundes	1351
7. Einstellung mit Zustimmung aller Gläubiger	1351
II. Wirkungen der Verfahrensbeendigung	1351
1. Rückfall der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	1351

Inhaltsübersicht

	Seite
2. Nachhaftung des Schuldners	1353
3. Ende der materiellen Verjährungshemmung	1356
4. Auswirkungen auf laufende Prozesse	1356
4. Abschnitt. Die Beratung der Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
§ 43 Geschäftspartner des vorläufigen Insolvenzverwalters	
I. Einführung	1359
II. Wirkungen der Verfügungsbeschränkungen	1359
1. Verfügungen des Schuldners	1360
2. Verpflichtungsgeschäfte des Schuldners	1361
3. Verfügungen des schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters	1362
4. Leistungen an den Schuldner	1362
5. Zahlungsverkehr des Schuldners	1363
III. Verbindlichkeiten aus dem Insolvenzeröffnungsverfahren	1365
1. Ausgangslage	1365
2. Lösungsvorschläge für Geschäftspartner eines schwachen vorläufigen In- solvenzverwalters	1366
3. Besonderheiten bei Miet- und Pachtverhältnissen	1368
IV. Sicherungsrechte im vorläufigen Insolvenzeröffnungsverfahren	1369
1. Ausgangslage	1369
2. Allgemeine Probleme der Geltendmachung vor Insolvenzeröffnung	1370
3. Verhältnis der Ab- und Aussonderungsrechte zur vorläufigen Insolvenzver- waltung	1371
V. Anfechtungsrisiken für den Geschäftspartner	1374
1. Anfechtung von Rechtshandlungen während des Insolvenzeröffnungsver- fahrens	1374
2. Anfechtung im Zusammenhang mit Gläubigeranträgen auf Insolvenzeröff- nung	1375
VI. Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1375
1. Fallgruppen der Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	1375
2. Allgemeine Haftungsanforderungen	1377
3. Haftungsrisiken für die Berater der Gläubiger	1378
§ 44 Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
I. Einführung	1380
1. Finanzielle Ressourcen des Insolvenzverwalters	1380
2. Vorrangige Befriedigung	1383
II. Exemplarische Gruppen von Geschäftspartnern	1393
1. Auftragnehmer/Auftraggeber	1393
2. Kunden/Lieferanten des Unternehmens	1397
3. Vermieter/-pächter	1399
4. Banken/Kreditgeber	1400
III. Gesellschafterdarlehen und Anfechtungsrechte	1402
IV. Befriedigung der Masseverbindlichkeiten bei Masseunzulänglichkeit	1404
1. Eintritt der Masseunzulänglichkeit	1404
2. Befriedigung nach Rangklassen	1405
3. Beachtung der Rangklassen bei der Gläubigerberatung	1406
4. Verfahrenseinstellung	1408
V. Ansprüche gegen den Insolvenzverwalter	1408
1. Pflichten des Insolvenzverwalters	1409
2. Pflichtverletzung	1410
3. Verschulden	1415

Inhaltsübersicht

	Seite
4. Schaden	1417
5. Kausalität	1417
6. Informationserlangung	1418
7. Prozessuale Durchsetzung des Auskunftsanspruches	1419
8. Auskunftsanspruch bei Insolvenzausschluss mangels Masse	1419
9. Übersicht über die Befriedigungsaussichten	1420

Teil C. Internationale Beratungsfelder

§ 45 Internationales Insolvenzrecht

I. Einleitung	1425
1. Gesetzliche Grundlage	1427
2. Harmonisierungsbemühungen	1427
II. Internationale Zuständigkeit	1429
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1429
2. Europäische Insolvenzverordnung	1430
3. Konkurrierende Zuständigkeit in EU-Staaten	1431
III. Grenzüberschreitende Geltung des nationalen Insolvenzstatuts	1432
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1432
2. Europäische Insolvenzverordnung	1436
IV. Die grenzüberschreitende Verwaltung der Insolvenzmasse	1440
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1440
2. Der Verwalter nach der Europäischen Insolvenzverordnung	1443
V. Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse in grenzüberschreitenden Verfahren	1445
1. Die Abwicklung des Insolvenzverfahrens nach autonomem deutschem Recht	1445
2. Die Abwicklung grenzüberschreitender Verfahren in der Europäischen Insolvenzverordnung	1447
VI. Partikular-/Sekundärinsolvenzverfahren	1448
1. Partikularverfahren im autonomen deutschen internationalen Insolvenzrecht	1448
2. Partikular-/Sekundärverfahren nach der Europäischen Insolvenzverordnung	1451
VII. Insolvenzverfahren in Unternehmensgruppen nach der Europäischen Insolvenzverordnung (2015/848)	1456
1. Anwendungsbereich	1456
2. Kooperation der Verfahrensbeteiligten	1457
3. Das Gruppenkoordinationsverfahren	1458
Sachverzeichnis	1467

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG